

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

**PARLAMENTARISCHE
INFORMATIONSDIENSTE**

Neue Bücher und Aufsätze

April 2021

Parlamentsbibliothek

Tel: 040 – 42831 – 3000

E-Mail: infodienste@bk.hamburg.de

Unsere Dienste für Sie:

Aufgrund der aktuellen Situation bleibt unsere Bibliothek derzeit geschlossen. Wenn Sie Interesse an Aufsätzen oder Büchern haben, wenden Sie sich bitte telefonisch oder per E-Mail an uns. Aufsätze senden wir Ihnen weiterhin gerne per E-Mail. Wenn Sie Interesse an einer Buchausleihe haben, werden wir Ihnen das Buch bzw. die Bücher über die Hauspost zukommen lassen.

- wir stellen Ihnen Fachliteratur zur Verfügung
- wir bieten Ihnen monatlich einen Überblick über neu erworbene Bücher und aktuelle Zeitschriftenaufsätze
- im Lesesaal können Sie im Online-Katalog der Bibliothek, in der Parlamentsdatenbank, in den Juris-Datenbanken, in Beck-online und im Internet recherchieren

Anschaffungswünsche für Bücher nehmen wir gerne entgegen!

Die Leihfrist für Bücher beträgt in der Regel **4 Wochen**, Dienstausleihe ist für 2 Jahre möglich. Der Präsenzbestand ist nach Absprache für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei und der Senatskanzlei kurzfristig ausleihbar. Loseblattwerke und Zeitschriften leihen wir grundsätzlich nicht aus.

Öffnungszeiten der Parlamentsbibliothek:

Montag bis Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 14:00 Uhr
während der Plenarsitzungen	10:00 bis 18:00 Uhr
In den Parlamentsferien	
Montag bis Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 14:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Wirtschaft	4
Finanzen, Haushalt und Steuerrecht	4
Geschichte	4
Gesellschaft und Politik	5
Kunst, Kultur und Literatur	5
Parlament, Parteien und Regierung	5-6
Raumordnung und Städtebau	6
Soziales und Gesundheit	6-7
Staats- und Verfassungsrecht	7
Umwelt und Umweltrecht	7
Wahlen und Wahlrecht	8

Arbeit und Wirtschaft

Nachhaltiges Wachstum : braucht Deutschland ein Investitionsprogramm? /
Schwerpunkthema mit Beitr. versch. Autoren, 2021

In: Wirtschaftsdienst ; (2021) H. 3, S. 157-179

Der durch die Corona-Pandemie bedingte Wirtschaftseinbruch trifft in Deutschland auf einen Strukturwandel, der durch die notwendige Digitalisierung und Dekarbonisierung sowie den demografischen Wandel getrieben wird. Es wird zwar kurzfristig durch das Corona-Konjunkturpaket und den EU-Aufbaufonds auf die Wirtschaftskrise reagiert, allerdings werden eine bereits länger bestehende Investitionslücke sowie Hemmnisse bezüglich der Abrufung vorhandener Mittel kritisiert.

Z/395/21

Paasch, Armin: Radikal verwässert : das neue Lieferkettengesetz / Armin Paasch, 2021

In: Blätter für deutsche und internationale Politik ; (2021), H. 4, S. 25-28

Nach langem Ringen hat das Bundeskabinett am 3. März den Entwurf für ein Gesetz beschlossen, das in Zukunft Verletzungen von Menschenrechten und Umweltschäden in den Lieferketten deutscher Unternehmen vorbeugen soll. Durch eine Lobbyoffensive der Wirtschaftsverbände und dem Wirtschaftsflügel der CDU wurden die Pläne vom Arbeitsminister Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller laut Autor jedoch empfindlich abgeschwächt. Dem Schutzanspruch von Menschenrechten wird das Lieferkettengesetz nach seiner Auffassung so nicht mehr gerecht.

Z/583/21

Finanzen, Haushalt und Steuerrecht

Graf, Gerhard: Das Bodenwertmodell für die Grundsteuer : Unzulänglichkeiten und mögliche Alternativen / Gerhard Graf, 2021

In: Wirtschaftsdienst ; (2021) H. 3, S. 227-231

2018 wurde das bisherige Verfahren zur Erhebung der Grundsteuer als verfassungswidrig erklärt. Den Bundesländern ist bis Ende 2024 Zeit für eine Neukonzeption eingeräumt worden. Baden-Württemberg hat sich bereits auf ein Bodenwertmodell festgelegt, welches jedoch Ungleichbehandlungen nicht vermeiden kann und Gefahr läuft, als verfassungswidrig eingestuft zu werden. Dies gilt auch für das Flächenmodell. Als Alternative führt Gerhard Graf eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommens- und Umsatzsteuer an.

Z/395/21

Geschichte

Michels, Karen: Emma und Henry Budge : oder wie Hamburg einmal ein Porzellan-Palais entging / Karen Michels. - Göttingen : Wallstein, 2021. - 158 S. : Ill. . –

(Mäzene für Wissenschaft ; 3) ; Literaturverz. S. 149-151

ISBN 978-3-8353-3878-4

Das am Hamburger Alsterufer erbaute, bemerkenswert großzügig dimensionierte Wohnhaus von Emma und Henry Budge trug zu Recht den Titel »Palais«. Heute residiert hier die Hochschule für Musik und Theater. Von der Hansestadt aus entfaltete das Ehepaar eine rege mäzenatische Tätigkeit, in deren Zuge unter anderem Heime für Hilfsbedürftige etabliert und die Universitäten in Frankfurt und Hamburg unterstützt wurden. [...] Mit dieser ersten umfassenden Biographie aus der Feder Karen Michels über das außergewöhnliche Ehepaar Budge wird es verdient gewürdigt. (Auszug Verlagstext)

R bb

21-60

Gesellschaft und Politik

Geis-Thöne, Wido: Kommt Zeit, kommt Integration : Zuwanderung / Wido Geis-Thöne, 2021

In: iwd ; 47. Jg. (2021) H. 7, S. 8-11

Deutschland macht bei dem Thema Integration deutliche Fortschritte. Migranten der zweiten Generation haben sich wesentlich besser integriert als ihre Eltern. Es gibt jedoch größere Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen.

Z/450/21

Jessen, Jonas: Sorgearbeit während der Corona-Pandemie : Mütter übernehmen größeren Anteil - vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung / von Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich, 2021

In: Wochenbericht / DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-West ; (2021) H. 9, S. 131-139

Eltern haben in Zuge der durch die Corona-Pandemie bedingten Kita- und Schulschließungen einen großen Teil der Bildungs- und Betreuungsarbeit übernommen. In der Öffentlichkeit wurde viel darüber diskutiert, in welcher Weise die Pandemie die Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Müttern und Vätern verändert hat. Eine Auswertung neuer pairfam-Daten zeigt ein differenziertes Bild: Der Anteil der Paare, die sich die Kinderbetreuung egalitär aufteilen, hat sich kaum verändert. Bei den Paaren, wo die Frauen vor der Pandemie bereits den überwiegenden Teil übernommen haben, hat sich das Ungleichgewicht jedoch verstärkt.

Z/449/21

Kunst, Kultur und Literatur

Ziegel : Hamburger Jahrbuch für Literatur / hrsg. im Auftrag der Kulturbehörde Hamburg. - Hamburg : mairisch Verl.

Band 17. 2021 . - Hamburg : mairisch Verl., 2021 ISBN 978-3-948722-07-4

... Der ZIEGEL, das Hamburger Jahrbuch für Literatur, ist seit Jahren in Umfang und Qualität eine im deutschsprachigen Raum einmalige Anthologie. Auch in diesen besonderen Zeiten ruft er die literarischen Stimmen Hamburgs zusammen – für ein dickes Buch und eine höchst kurzweilige Lektüre. ... (Auszug Verlagstext)

O bi

21-61

Parlament, Parteien und Regierung

Arnholdt, Simon M.: Die Auswirkungen der steigenden Zahl Kleiner Anfragen im Deutschen Bundestag auf die Öffentliche Verwaltung : eine Umfrage unter Beschäftigten der

Ministerialbürokratie / Simon M. Arnholdt. - Berlin [u.a.] : Lang, 2020. - 132 S. : graph. Darst.

Literaturverz. S. [121]-128

ISBN 978-3-631-82466-5

Die Zahl Kleiner Anfragen steigt seit mehreren Legislaturperioden immer weiter an. Der Autor nimmt damit zusammenhängende Klagen aus der Öffentlichen Verwaltung zum Anlass, um zu untersuchen, welche Auswirkungen diese Steigerung auf Arbeitsbelastung und Performanz sowie auf Einstellungen und Praxisverständnis von Beschäftigten der Ministerialbürokratie hat. Dazu analysiert er die Parlamentsstatistik und führt eine Umfrage in mehreren Bundesministerien durch. ... (Auszug Klappentext)

B ci

21-40

Boehme-Neßler, Volker: Das Parlament in der Pandemie : zum Demokratiegrundsatz am Beispiel von § 28a InfSchG / von Volker Boehme-Neßler, 2021

In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 74 (2021), H. 6, S. 243-251

Aufgrund der Corona-Pandemie erlauben zahllose Rechtsakte Grundrechtseingriffe, die vor der Pandemie kaum vorstellbar gewesen wären. Soweit es sich um Grundrechtsfragen handelt, halten sich Bundestag und Landesparlamente aus der Sicht des Autors auffällig zurück. Er stellt in seinem Text die Frage, wann Parlamente tätig werden müssen und welche Entscheidungen sie an die Exekutive delegieren dürfen. Der Text behandelt dabei die Frage, ob der Bundestag mit dem neuen § 28a Infektionsschutzgesetz seine politische und verfassungsrechtliche Rolle als entscheidender Akteur in der Demokratie tatsächlich wiedergefunden hat.
Z/155/21

Ludwigs, Markus: Entparlamentarisierung als verfassungsrechtliche Herausforderung / von Markus Ludwigs, 2021

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 136 (2021), Nr. 6, S. 353-361

Durch die Corona-Pandemie ist die Debatte um den Bedeutungsverlust des Parlaments erneut entfacht worden. Der Beitrag ordnet diese Diskussion in den Kontext einer drohenden Entparlamentarisierung ein und arbeitet dabei unter anderem heraus, dass die Kritik mehrfach die Grenzen zwischen Verfassungsrecht und Verfassungspolitik verwischt.
Z/120/21

Schmidt, Thorsten Ingo: Das Parlament in der Pandemie zwischen Notverordnungsrecht und Notausschuss / von Thorsten Ingo Schmidt, 2021

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 136 (2021), Nr. 4, S. 231-236

Der Beitrag handelt davon, dass auch unter den Gefahren einer Pandemie die Funktionsfähigkeit des Parlaments unter allen Umständen aufrecht zu erhalten ist. Dabei bieten sich laut Autor sowohl technische als auch rechtliche Lösungen an. Dies führt zu einer Forderung nach einem parlamentarischen Notausschuss.
Z/120/21

Raumordnung und Städtebau

Eine Stadt für alle : 1918 bis 2018 - 100 Jahre Stadtentwicklung von Hamburg / [Hrsg.: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen]. - Hamburg , 2020. - 97 S. : Ill.

Im Herbst 2019 widmete sich eine Ausstellung sowohl im Rathaus als auch in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen der Geschichte der Stadtentwicklung in Hamburg. Anlass dazu war das Gedenkjahr „1918/1919 – Aufbruch in die Demokratie“ Nach dem Ersten Weltkrieg begann für die Hamburger Stadtentwicklung eine neue Zeit. Durch das allgemeine Wahlrecht rückten erstmals die Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Blickpunkt. Das Wohnen war damals eine der wichtigsten sozialen Fragen und ist es bis heute geblieben.

M ac
21-36

Soziales und Gesundheit

Entringer, Theresa: Geflüchtete sind auch in der Corona-Pandemie psychisch belastet und fühlen sich weiterhin sehr einsam / von Theresa Entringer, Jannes Jacobsen, Hannes Kröger und Maria Metzger, 2021

In: Wochenbericht / DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-West ; (2021) H. 12, S. 227-233

Geflüchtete leben überdurchschnittlich oft in beengten Wohneinrichtungen und sind dadurch einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt. Da sie schon vor der Pandemie überproportional häufig psychisch stark belastet waren, untersucht der Wochenbericht, wie sich die ersten Monate der Pandemie auf die psychische Gesundheit Geflüchteter ausgewirkt haben.

Z/449/21

Fuhlrott, Michael: Impfpflicht im Arbeitsverhältnis? / Michael Fuhlrott und Katharina Fischer, 2021

In: Neue Juristische Wochenschrift, NJW ; Jg.74 (2021) H. 10, S. 657-661

Eine öffentlich –rechtlich verankerte Impfpflicht besteht nach der Coronavirus-Impfverordnung nicht. Es haben jedoch die ersten Fluggesellschaften und Betreiber privater Einrichtungen in Aussicht gestellt, nur geimpfte Personen zu befördern beziehungsweise lediglich Geimpften Zutritt zu gewähren. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend die Frage diskutiert, ob Arbeitgeber ihre Mitarbeiter zur Inanspruchnahme einer Impfung verpflichten können.

Z/119/21

Lehner, Roman: „Triage“ und Grundrechte : Überlegungen aus der Perspektive von Schutzpflichtendogmatik und Diskriminierungsverboten / von Roman Lehner, 2021

In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 74 (2021), H. 6, S. 252-262

Die verfassungsrechtlichen Probleme, die sich in dem Fall ergeben würden, dass es durch die Corona-Pandemie zu einer Erschöpfung intensivmedizinischer Rettungskapazitäten käme, sind vielfältig. Dies wirft fundamentale grundrechtliche Fragen zum Umgang mit Schutzpflichtenkollisionen und zur Relevanz von Diskriminierungsverboten auf.

Z/155/21

Staats- und Verfassungsrecht

Ludyga, Hannes: Rasse als Rechtsbegriff? / Hannes Ludyga, 2021

In: Neue Juristische Wochenschrift, NJW ; Jg.74 (2021) H. 13, S. 911-914

Zahlreiche Rechtstexte in Deutschland verwenden den Begriff „Rasse“ in Bezug auf Menschen, obwohl es unterschiedliche „Menschenrassen“ nicht gibt. Der Terminus „Rasse“ zur Kategorisierung von Menschen ist nicht haltbar. Die Bundesregierung plant eine Streichung dieses Begriffs aus dem Grundgesetz.

Z/119/21

Rennert, Klaus: Überlegungen zum Verhältnis direkter zu repräsentativer Demokratie / von Klaus Rennert, 2021

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 136 (2021), Nr. 6, S. 345-352

Die Regeln über die Normsetzungsformen durch Volks- oder Bürgerentscheide stehen im geltenden Landesverfassungs- und Kommunalrecht unverbunden neben den Formen repräsentativer Demokratie. Der Beitrag versucht, beide Rechtsetzungsformen auf dieselbe Legitimationsquelle, das Volk, zurückzuführen und somit in ein systematisch begründetes Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit zu setzen.

Z/120/21

Umwelt und Umweltrecht

Kräuter, Melanie: Namibias Busch in Hamburg verheizen? / von Melanie Kräuter

In: Welt-Sichten ; (2021), H. 4-5, S. 34-35

Namibia hat ein Problem mit der „Verbuschung“ der Savannen. Eine mögliche Lösung dieses Problems wäre es, das Holz in Hamburg als Biomasse zu verheizen. Dies wird zurzeit geprüft. Das Projekt hat sowohl Befürworter als auch Kritiker.

Z/473/21

Wahlen und Wahlrecht

Classen, Claus Dieter: Parité-Gesetze : Frauen sollen Frauen wählen können / Claus Dieter Classen, 2020

In: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) ; Jg.54 (2021), H.2 , S. 50-53

Nach der Verwerfung der Parité-Gesetze durch die Landesverfassungsgerichte von Brandenburg und Thüringen gilt es, nach Auffassung des Autors, Wege zu finden, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen.
Z/118/21

Möllers, Christoph: Krise der demokratischen Repräsentation vor Gericht : zu den Parité-Urteilen der Landesverfassungsgerichte in Thüringen und Brandenburg / Christoph Möllers, 2021

In: JZ Juristenzeitung ; Jg.76 (2021) H. 7, S. 338-347

Die Landtage von Brandenburg und Thüringen hatten eine geschlechterparitätische Listenbesetzung in ihr Landeswahlrecht aufgenommen, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. Die Landesverfassungsgerichte beider Länder haben nunmehr diese Regelungen als Verstoß gegen diverse wahl- und parteirechtliche Gleichheits- und Freiheitsmaßstäbe aufgehoben. Christoph Möllers kommentiert in seinem Aufsatz diese beiden Entscheidungen.

Z/485/21